Preis: mit Illustr. Beilage 5 Grusch

Preis: mit Illustr. Beilage 5 Grusch

Preis der Einzelnummer 5 Grusch
Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8.50 T.Pfd., 12 Monate 15.– T. Pfd. Ausland: 1 Monat 5.– R.-Mark, 3 Monate 13.– R.-Mark, 6 Monate 25.– R.-Mark oder Gegenwert Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 60 ---- Grusch, 4 Seite 30 Grusch. ---- (Inlandspreise)
Geschaeftsstellung: Schischhane-Karakoi Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

پوست تورکیشه

Tageszeitung für den Nahen Osten

3. JAHRGANG NO.95 — Konstantinopel, Donnerst., 5. April 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

انكلتره و فرانسه بينلدمكى تحديد تسليحات مذاكره‌لرى عقيم قالمشدر .
آرمه‌جى‌لرمكى عقيم يانلين اخذا ايدلمشدر .
رومانيا ٨٠ ميليون دولارلق بر استقراض اخذ ايلمشدر .

Die englisch-französischen Abrüstungsverhandlungen wurden abgebrochen.
Rumänien erhielt eine Anleihe von 80 Millionen Dollar.
Der Riesenbrand in Karatschi wurde gelöscht.

Um die Revision des Dawesplanes.

Noch keine amtliche Note Washingtons.

Paris, 3. April (A.A.)

Gut unterrichtete Finanzkreise erklären, dass der englischen und französischen Regierung, entgegen den unbestätigten Gerüchten, die der Korrespondent einer amerikanischen Zeitung in Paris in Umlauf gesetzt habe, bislang kein Vorschlag auf Revision des Dawesplanes zugegangen sei. Es sei dagegen sehr wahrscheinlich, dass sie einen diesbezüglichen Vorschlag in Erwägung ziehen würden, wenn ihre eigenen Verpflichtungen in der Kriegsschuldenfrage gleichzeitig einer Revision unterzogen würden.

Washington anscheinend bereit.

Washington, 4. April (A.A.)

Amtliche amerikanische Kreise drücken keine Ueberraschung über Poincarés Anregung einer Revision der deutschen Verpflichtungen aus. Andererseits verzichten sie auch auf nähere Kommentare zu Poincarés Auslassungen. Immerhin ist es bekannt, dass eine ganze Anzahl her vorragender amerikanischer Beamter die Ansicht vertreten, Frankreich sei ernstlich bestrebt, die Frage der interalliierten Schuden und der Reparationen aufzurollen.

Verschiedene einflussreiche republikanische und demokratische Zeitungen bezeichnen den Dawesplan für einen Verlegenheitsbehelf. Die New Yorker «Times» meinen, das Projekt könne der amerikanischen Oeffentlichkeit nur dadurch mundgerecht gemacht werden, dass angegeben wird, auf welche Weise die Beziehungen Amerikas zum Ausland gebessert und in wieweit der Aussenhandel Amerikas gehoben werden könne.

Allgemeine Herabsetzung der Kriegsschulden?

New-York, 4. April (A.A.)

Gut unterrichtete Kreise der Wallstreet meinen im Zusammenhange mit den Veröffentlichungen der « New York Times » und « World », die Festsetzung der deutschen Kriegsverpflichtungen auf 32 Milliarden entbehre jeder Begründung.

Sie halten es andererseits für sehr wahrscheinlich, dass die englische und französische Regierung, in Verhandlungen treten würden, wenn ihre Schulden an ihre Gläubiger im gleichen Masse herabgesetzt würden.

Attentat auf Trotzki?

Paris, 4. April.

In Paris läuft das bisher unbestätigte Gerücht, die Anhänger Stalins hätten ein Attentat auf Trotki verübt; letzter liege im Sterben.

Dementi.

Berlin, 4. April.

Die Berliner russische Botschaft dementiert die Gerüchte über ein angebliches Attentat auf Trotzki.

Todesurteile in Russland.

Moskau, 4. April. (A.A.)

Das Tribunal des Ural verurteilte zwei frühere Sozialisten zum Tode, da sie seinerzeit 40 Beamte der Sowjets an Koltschak ausgeliefert hätten.

Moskau, 4. April. (A.A.)

Der internationale Kongress der roten Syndikate hat seine Arbeiten beendet. Der nächste Kongress wird 1930 zusammentreten.

Zum Erdbeben in Kleinasien.

Die Schäden in Torbali. — Panik in Smyrna.

(Von unserem Berichterstatter.)

Smyrna, 3. April.

Der Wali von Smyrna ist aus Torbali zurückgekehrt.

In Torbali ist eine Feldambulanz eingerichtet worden, um die Verwundeten zu pflegen, und allmählich nach Smyrna weiterzubefördern. Neun Verwundete sind gestern in Smyrna eingetroffen.

Die bisher nach Torbali entsandten 400 Zelte sind nicht genügend um alle obdachlosen Bewohner Torbali's zu beherbergen. Weitere 400 Zelte wurden aus Eski-Schehir beordert und sind heute eingetroffen.

Es werden in diesen Tagen genügend Nahrungsmittel nach Torbali entsandt werden und Smyrna beginnt Mehl nach dort zu schicken.

Das Zentrum der Bebenwellen war Torbali.

Es sind in Torbali 10 Tote und 68 Verwundete, und die sonstigen Schäden sind weiter höher als bisher angenommen wurde. Die Zahl der zerstörten Häuser Torbali's und Umgegend wird auf 1660 geschätzt.

Die vorhandenen Zelte in Torbali werden vorläufig von je drei Familien bewohnt. Im Dorfe Tchaiköj ist im Hofe des Hauses Eminoglou-Ahmed ein grosser Riss entstanden aus dem ein kalkhaltiges Wasser herauströmt. Eine Probe dieses Wassers ist zwecks Analyse nach Smyrna entsandt worden. Trübes und zuweilen rot gefärbtes Wasser entströmt auch den Brunnen und Pumpen der Umgegend.

Die Bauern Torbali's und Umgegend haben dem Wali erklärt, sie seien bereit alles wieder aufzubauen, wenn man ihnen die nötigen Mittel zur Verfügung stellt, die sie binnen drei Jahren rückerstatten wollen.

Ein grosser Teil der Bevölkerung Smyrnas verbringt die Nacht unter freiem Himmel oder in Zelten, besonders diejenigen, deren Häuser in engen Strassen gelegen sind.

Auch einige Häuser in der Stadt sind niedergebrannt, aber kein Menschenopfer ist hierbei zu beklagen.

Im Geschäftsviertel Smyrnas ist keine Stockung eingetreten, die Panik aber in den dicht bewohnten Stadtteilen hält noch immer an, zumal man unter dem Eindruck steht, dass die Bebenwellen sich wiederholen werden.

Allmählich kommen Familien aus der Umgegend in die Stadt, da sie hier bessere Zuflucht zu finden hoffen als in den Dörfern, man sieht sie teils in Lastautos, Kutschen oder Lastwagen mit Sack und Pack hereinziehen. Dies erinnert an die Szenen während des Krieges, wo die Bevölkerung dem Eindringen des Feindes entfloh.

Es ist sehr zu bedauern, dass das Erdbeben gerade zu einer Zeit stattgefunden hat, da Smyrna und Umgegend bestrebt waren, die waehrend der Kriegsereignisse im Jahre 1922 zerstoerten Gegenden wiederaufzubauen und Kleinasien den Platz seiner frueheren wirtschaftlichen Bedeutung wieder einzuraeumen.

Der Getreideankauf-Prozess.

Angora, 4. April.

Der Untersuchungsausschuss hat seine Arbeiten beendet und wird Ende dieser Woche endgültige Beschlüsse fassen, vermutlich wird Ali Dschenani Bej nicht beschuldigt werden. (Millied)

Die Verfassungsänderung.

Machmud Essad Bej, der Justizminister, der als Abgeordneter von Smyrna der Nationalversammlung den Vorschlag machte, einige Veränderungen betreffs der Religionsangelegenheiten in der Verfassung vorzunehmen, hat dem Vorschlage der Nationalversammlung, diese Angelegenheit vorerst in der Parteiversammlung zu besprechen, zugestimmt. Die Nationale Volkspartei wird sich in der morgigen Sitzung mit dieser Frage befassen.

Beginn der Kämpfe in China.

Berlin, 3. April.

Nach Meldungen aus London begann Tschangtsolin eine Offensive gegen General Feng, um dessen Vereinigung mit der nach Norden vorrückenden Nankingarmee zu verhindern.

Die Verteidigung Ichsan Bejs.

Urteilsspruch erst in nächster Woche.

Angora, 4. April.

Gleich bei Eröffnung der heutigen Sitzung des Staatsgerichtshofes erteilte der Vorstand dem früheren Marineminister Ichsan Bej das Wort. Ichsan Bej führte aus:

«Ich bin angeklagt wegen unrechtmässiger Uebergabe der Reparatur des Jawus an eine mit Flender konkurierende französische Gesellschaft. Ich empfinde als früherer Minister diese Anklage als Beleidigung.

Sämtliche Briefe und Pläne betreffs des Ankaufs des Docks wurden vom Marinebeirat Hüssameddin Bej, an Nedschati Bej und von diesem dem Marineuntersuchungsausschuss übergeben. Der Ausschuss bestand aus Sachverständigen und war verantwortlich für jeden Ankauf. Hüssameddin Bej war Vorsitzender dieses Ausschusses und wurde wenn er nicht anwesend war, durch den Präsidenten der Ausrüstungskammer der Marine vertreten. Wie es auch die Aussagen der Herren Baban Sade, Hugo Herrmann und Fresko nachgewiesen haben, sind sämtliche Vorschläge und Pläne durch die Hände Hüssameddin Bejs gegangen. Hätte ich gegen den Beschluss des Ausschusses das Dock in England gekauft, hätte mich die Grosse Nationalversammlung wegen unbefugten Handels beschuldigt. Das Dock wurde auf Grund eines Beschlusses des Ministerrates an Flender übergeben. Ich möchte nun den Staatsgerichtshof fragen, ob nicht sämtliche Mitglieder des Ministerrates ebenfalls zu verurteilen sind oder nicht. Ich soll den Ministerpräsidenten irregeführt haben. Wenn das Irreführen eine Schuld ist, muss das Sichirreführenlassen eines Ministers m. E. ebenfalls als Vergehen angesehen werden. Der Ministerrat sagte, dass die technischen Spezialfragen nicht im Ministerrat besprochen werden könnten. Die Vertreter des Ministerrates haben vor dem Gerichtshof öffentlich bekannt, dass die Behandlung der technischen Fragen abgelehnt und diese gänzlich dem Marineausschuss überlassen worden wäre. Die Vertreter des Sachverständigenausschusses jedoch haben einheitlich ausgesagt, dass bei der Uebergabe alles bis ins Kleinste geprüft und das beste bevorzugt worden wäre. Erst dann wurde mir der Vorschlag durch den Ausschuss gemacht, die Uebergabe endgültig zu beschliessen. Könnte der Umstand, dass der Ministerrat sich nicht mit technischen Fragen abgäbe, mir verbieten einen mir durch den Staat übergebenen Auftrag auszuführen? Nach der Verfassung der türkischen Regierung kann ein Minister zu Gunsten des Staates Veränderungen in einem Vertrage vornehmen. Der Marine-Sachverständigenausschuss sagte vor dem Gerichtshof aus, dass die Veränderungen lange geprüft und zu Gunsten der Regierung gewesen wären. Besteht ein Gesetz, welches das Verhältnis eines Ministers zu dem Ministerrate feststellt? Nach welchem Gesetz soll ich also verurteilt werden? Ich habe meine Rechte, die mir das Verfassungsgesetz zuspricht, in Gebrauch genommen. Ich kenne keine höhere Stelle, als das Gesetz. In der Revolution im Jahre 1908, im Weltkriege und später im Befreiungskriege und im Kampf für die Erhaltung der Republik, habe ich mein Möglichstes geleistet und bin immer belohnt worden. Nun werde ich beschuldigt. Dieser Umstand wäre berechtigt, wenn man mir nachweisen könnte, dass ich bei dieser Uebergabe irgendwie profitiert hätte, indem ich der Flendergesellschaft unrechtmässige Vorteile zu kömmen liess.

Mit ihrer Erlaubnis werde ich hier eine Tatsache anführen. Das Marineministerium war noch nicht gegründet werden. Die damals bestehende Marinedirektion hielt es für notwendig, Minen anzukaufen. Hierauf wurden bei der Vickersgesellschaft 150 Minen bestellt. Monate waren vergangen, die Minen kamen nicht an. Die Gesellschaft benachrichtigte die Direktion, dass die Minen in der im Vertrage angegebenen Zeit nicht geliefert werden konnten, worauf der Termin verlängert wurde.

Nach Beendigung des Termins begab sich eine Kommission an Ort und Stelle, um Untersuchungen anzustellen. Es wurde festgestellt, dass die Minen nicht funktionierten und daraufhin beschlossen die Garantie, die die Gesellschaft gestellt hatte, zu beschlagnahmen. Unsere Küsten aber blieben ohne Verteidigung. Ich habe ohne Unkosten für den Staat die Möglichkeit geschaffen, in Göldschük eine Minenfabrik zu errichten, welche im Jahre 1200 Minen herstellen sollte. Will man damit beweisen, dass ich zu Gunsten der Flendergesellschaft gearbeitet habe? Wenn ich in Gemeinschaft mit Flender gearbeitet hätte, würde ich die Reparatur der Jawus nicht an eine konkurierende französische Gruppe übergeben haben.

Ich soll von der Gesellschaft St. Nazaire durch Hakki Bej einen Kreditbrief von 100.000 T. Pf. erhalten haben, jedoch konnte diese Beschuldigung nicht nachgewiesen werden. Ich kann also frei und offen sagen, dass ich nicht beschuldigt, sondern verdächtigt worden bin.

Ich habe am 18. Oktober einen Brief an Ismet Pascha geschrieben. Die Untersuchungen begannen am 13. Oktober. In jenem Briefe führte ich an, dass Ismet Pascha, der die Sachlage genau kennt, mir beistehen sollte. Der Brief hatte eine gegenteilige Wirkung gehabt, der Pascha geriet in Zorn. Es gab einige Personen, die mich bei dem Pascha in Ungnade fallen lassen wollten.

Hier wird Ichsan Bej vom Vorsitzenden unterbrochen: «Sie gehen zu weit, führen Sie Ihre Verteidigung in ruhiger Form!»

Ichsan Bej fährt fort: «Gott schütze den Gasi und seine Autorität über uns. Heute oder morgen werden Sie sich, meine Herren, zur Besprechung zurückziehen und das Urteil über mich fällen. Sei es für meine Befreiung oder meine Vernichtung, ich werde den Spruch mit Ruhe entgegennehmen. Ich bin vergänglich. Das Unglück und das Glück kann nur für die Dauer unseres Lebens Wirkung haben. Ihr Urteil jedoch als Gerichtshof des rechtliebenden türkischen Staates und der türkischen Republik die für die Gerechtigkeit zu Opfern bereit ist wird von grosser Bedeutung sein. Die Türkei und das türkische Volk kann nur unter Beobachtung der Gerechtigkeit aufrechterhalten werden. Der Grund zu Unregelmässigkeiten im Heere eines Staates ist immer im Justizwesen zu finden. Ich hoffe, dass dem Staatsgerichtshof diese Tatsachen längst bekannt sind. Ganz neutral gesprochen möchte ich sagen, dass die Türkei und das türkische Volk die Gerechtigkeit verlangt. Dies ist alles was ich zu sagen habe. Möge Gott Sie vor einem Fehlurteil schützen.

Hiernach wurde eine neue Benachrichtigung des Staatsgerichtshofes über den Ankauf von Eisengittern vorgelesen. Ichsan Bej bemerkte hierzu: «Ich war am 31. März 1909 Mitglied des Kriegsgerichts. Jeden Tag kamen Hunderte von Benachrichtigungen, dass dieser oder jene Beamte Unterschlagungen oder Unregelmässigkeiten begangen hätte. Auf Anweisung des damaligen Chefs des Grossen Generalstaabs wurde schliesslich beschlossen, diejenigen, die mit falschen Benachrichtigungen das Gericht belästigten, zu bestrafen. Von dem Zeitpunkt ab erhielten wir keine Briefe dieser Art mehr.» (Aufgeregt): «Ichsan hat von niemandem ein Glas Wasser angenommen, wenn Sie das nachweissen können, meine Herren, ich bin damit einverstanden, dass ich zum Tode verurteilt werde.»

Der Staatsgerichtshof beschloss dann, in der nächsten Sitzung Dschemil Bej, der die Gitterfrage berichtet hat, zu verhören. Vor dem Urteilsspruch wird noch die Antwort des Staatsanwaltes und die Gegenantwort der Anwälte der Angeklagten verhört werden.

Aus Deutschland.

Die deutschen Ingenieure in Haft.

Berlin, 4. April.

Obwohl der Wortlaut des Berichtes des Legationssekretärs Schliep über seinen Besuch bei den verhafteten Deutschen noch nicht eingetroffen ist, meint die Presse, dass der Besuch an und für sich schon eine gewisse Garantie für Haftverhältnisse, für Nahrung und gesundheitliche Massregeln und für die Möglichkeit einer Korrespondenz mit den Angehörigen der Verhafteten gegeben habe.

Ingenieur Meyer erlitt einen Nervenzusammenbruch. Der Gesundheitszustand der übrigen ist befriedigend. Eine Entscheidung über einen Lokalaugenschein wurde noch nicht getroffen.

Graf Goltz in Helsingfors.

Berlin, 3. April.

Graf Goltz, der auf die finnische Einladung an den finnischen Unabhängigkeitsfeierlichkeiten teilnimmt, kam in Helsingfors an und wurde von einer grossen Menschenmenge feierlich begrüsst.

Kleine Nachrichten.

Aufhebung des Visumzwanges mit Ecuador.

Deutschland und Ecuador schlossen einen Vertrag über den Fortfall des Visumzwanges ab.

Ein Stand im Aussterben.

Der älteste Berliner Droschkenkutscher, der 68 Jahre alt ist, beschloss, seine Laufbahn aufzugeben und als seine letzte Fahrt eine Reise nach Paris und zurück zu unternehmen. Von einer zahlreichen Menschenmenge und unter den Klängen der Musik trat er morgens seine letzte Fahrt an. Er rechnet damit im September wieder zurück zu sein.

Der Verdunbauvertrag perfekt.

Blättern zufolge billigten die Reparationskommission und das Transferkomite den Verdunbauvertrag unter ausschliesslicher Verwendung deutscher Arbeiter wofür 17,2 Millionen Mark bereitgestellt sind.

Letzte Nachrichten

Regierungsmassnahmen gegen die rumänische Opposition.

Bukarest, 4. April.

Die Regierung verbot die für den 22. April nach Alba Julia einberufene Hauptversammlung der nationalen Bauernpartei.

Eine Anleihe für Rumänien.

Berlin, 4. April.

Der Direktor der rumänischen Staatsbank schloss in Amerika eine Anleihe über 80 Millionen Dollar zu 7,5 v. H. ab.

Kaiserin Zita ernstlich erkrankt.

Berlin, 4. April.

Die Zeitungen melden, dass die kürzlich an einem Nierenleiden operierte frühere Kaiserin Zita schwer krank in der Klinik von San Sebastian liege.

Zum Brande der Baumwollager in Karatschi.

London, 4. April (A.A.)

Ein Telegramm aus Karatschi meldet, es sei den übermenschlichen Bemühungen der Feuerwehr und des Militärs gelungen den Riesenbrand zu lokalisieren, der bisher 500,000 Baumwolle vernichtet hat.

Michalakopulos bei Mussolini.

Mailand 4. April.

Auf seiner Rückreise stattete der griechische Aussenminister Michalakopulos Mussolini einen Besuch ab. Eine lange und herzliche Aussprache unterstrich die freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen beiden Ländern bestehen.

Abends war der griechische Aussenminister zu einem Diner bei Mussolini geladen.

Rüstungsindustrien in Europa.

Ihre Entwicklung und ihr Stand.

Von

Major a. D. von Keiser.

Im Kriege 1870/71 bestand das Waffenmaterial der beiderseitigen Heere in der Hauptsache nur aus Gewehren und leichten Feldkanonen, schwere Artillerie trat nur beim Kampf um Festungen und mit verhältnismässig kleinen Kalibern auf. Da das Kriegsheer fast nur aus den auf Kriegsstärke gebrachten Friedenstruppenteilen bestand und Neuaufstellungen auch im Verlauf des Krieges nicht stattfanden, da ferner der Verbrauch an Munition im Vergleich zu den Gefechten des Weltkrieges ein ausserordentlich geringer war, machte die Material- und Munitionsbeschaffung kaum Schwierigkeiten, sie konnte von einer verhältnismässig kleinen Kriegsindustrie geleistet werden. Die gewaltige technische Entwicklung, die nach dem deutsch-französischen Krieg in Deutschland wie in der ganzen Welt einsetzte, brachte auch den Kriegsindustrien einen starken Aufschwung. In allen grossen Heeren wurden in immer kürzeren Zeitabschnitten neue Geschütze aufgeführt, um den sich jagenden Erfindungen auf den Gebieten der Schussweite, der Feuergeschwindigkeit, der Durchschlagskraft usw. Rechnung zu tragen. Dazu kam die Einführung der schweren Artillerie des Feldheeres, zuerst in der deutschen Armee, die in dieser Waffe bei Kriegsausbruch einen grossen Vorsprung vor den anderen Heeren hatte, die dauernde Vermehrung der Feldartillerie, die Aufstellung von Maschinengewehrtruppenteilen und schliesslich die Nutzbarmachung der grössten Erfindung der Neuzeit, des Flugzeuges, für die Zwecke des Krieges. Nicht geringere Anforderungen stellte der Bau der Kriegsschiffe mit ihren drehbaren Panzertürmen und ihren Geschützen schwersten Kalibers, ebenso der Ausbau der modernen Festungen an die Rüstungsindustrie. So nahm allmählich der Bedarf der Heere an Kriegsmaterial einen riesenhaften Umfang an, und die leistungsfähigsten Firmen der Kriegsindustrie, z. B. Krupp in Deutschland und Schneider-Creusot in Frankreich, versorgten fast die ganze Welt mit Kriegswaffen. Diese Lieferung auch an fremde Heere brachte es mit sich, dass die Produktionsfähigkeit der grossen Werke auf eine so breite Basis gestellt wurde, dass sie im Kriegsfalle in der Lage waren, auch stark erhöhte Bedürfnisse des eigenen Heeres zu befriedigen.

Welche ungeheueren Anforderungen allerdings der Weltkrieg an die Waffenindustrie stellen würde, das ahnte bei Kriegsausbruch noch niemand, obwohl die vielfachen Neuformationen von Truppenteilen und die grossen Feldschlachten gleich zu Beginn des Krieges schon die höchste Anspannung in der Waffen- und Munitionsfabrikation erforderten. Erst der Verlauf des Stellungskrieges mit seinen festungsartigen Erdbauten zwang den jeweiligen Angreifer zum «Trommelfeuer» d.h. zum Verschiessen ungeheuerer Munitionsmengen durch die Artillerie in kürzester Zeit, um die feindliche Stellung sturmreif zu machen, ehe der Gegner genügend starke Hilfskräfte heranführen konnte. Diese Art des Kampfes erforderte bei den grossen Durchbruchs- und Abwehrschlachten geradezu phantastische Mengen von Artilleriegeschossen aller Kaliber und den fortdauernden Ersatz der in Feindeshand gefallenen und zerstörten Geschütze, die nach grossen Kämpfen viele Hunderte betrugen. Dazu kam die vielfache Vermehrung der schweren und die Neueinführung der leichten Maschinengewehre mit ihrem ungeheueren Munitionsverbrauch. Ganz neue Anforderungen traten an die Rüstungsindustrien durch die Einführungen der sog. Infanteriebegleitwaffen, Minenwerfer, Granatwerfer, Revolverkanonen usw. heran, ferner durch die ungeahnt schnelle Vermehrung der Luftflotten, den Bedarf an Gaskampfgerät und schliesslich gegen Ende des Krieges — die Ausrüstung der Heere mit Tanks.

Während den feindlichen Ländern zur Ausrüstung ihrer Heere die ganze Welt, vor allem Amerika mit seinen unerschöpflichen Hilfsmitteln, zur Verfügung stand, musste die Industrie des eingeschlossenen Deutschland ausser dem